

Die Klasse der Philolog_innen

Eine bedächtige Stimme mit Empathie

Literaturwissenschaftler_innen fallen – zumindest derzeit in Deutschland – eher selten als politisch besonders aktive Zeitgenoss_innen auf. Weder durch die Art des Wissens, das sie produzieren und lehren, noch durch politische Aktivitäten jenseits oder innerhalb des wissenschaftlichen Feldes. Dafür gibt es allerlei Gründe, darunter auch ernstzunehmende.

Politisches Engagement kostet Zeit, viel Zeit. Es kann positive emotionale Energien kreieren. Ebenso kann es emotionale Energien verbrauchen und zu Frustration führen – nicht selten auch zur Konfrontation mit allerlei Vorgesetzten, von denen wir Promovierende, Habilitierende, nach Stellen Suchende, etc. abhängig sind. In der Wissenschaft, die jenseits des Studiums vor allem darin besteht, sich von einer temporären Stelle zur nächsten zu arbeiten, immer abhängig vom guten Willen, der Zeit und der Sympathie der in der akademischen Hierarchie weiter oben Stehenden und von wenig durchschaubaren und in der Regel wenig herrschaftskritischen Forschungstrends, bleiben politisches Engagement und Gegenwissen dabei oft auf der Strecke. Gerade Qualifikationsarbeiten werden zumeist unter starkem Legitimations-, Zeit- und Finanzdruck geschrieben. Was nach einer erfolgreichen Dissertation kommt, ist manchmal eine befristete Stelle, im immer noch günstigen Fall wissenschaftliche Prekarität (eine halbe, drittel, viertel Stelle, etc.), nicht selten Hartz IV. Hinzu kommen private Wünsche, die Zeit, Emotionen, und Geld in Anspruch nehmen, z.B. ein Kinderwunsch.

Diese Situation trifft alle. Sie trifft aber in noch stärkerem Maße diejenigen, die nicht aus einem wohlhabenden Elternhaus kommen oder von denen Elternteile nicht schon Professor_innen waren – sowohl mögliche finanzielle Unterstützung als auch einen von zu Hause mitgegebenen Habitus betreffend. Sie trifft um so mehr Frauen, LGBT, und people of color, die in der deutschen Akademie gegenüber ihren weißen männlichen heterosexuellen Kollegen unter besonderem Legitimierungsdruck stehen. Gerade von dieser geteilten Prekarisierungsgefahr bzw. -realität ausgehend könnten allerdings auch politische Solidarisierungen begonnen werden.

Ängste, die mit politischem Engagement innerhalb des wissenschaftlichen Feldes verbunden sind, können durchaus zu einer strategischen Entscheidung führen: Das politische Engagement wird auf die Welt ausserhalb der Wissenschaft beschränkt. Was zumindest einen Nachteil hat: es wird zum Beispiel weiterhin kaum gewerkschaftliche Organisation unter Literaturwissenschaftler_innen geben und eine Chance auf das Feld transzendierende Solidarisierungen entlang von Arbeitsverhältnissen verpaßt.

Nun scheint es allerdings auch so zu sein, dass der wissenschaftliche Produktionsprozess nicht gerade zu kollektivem Empfinden und Arbeiten anregt. Gerade textbasierte Wissenschaften

bedeuten in der Regel Arbeit in Vereinzelung. Was zählt sind keine wissenschaftlichen Ergebnisse, die als Produkt einer Gruppe hervorgebracht werden, sondern das Produkt des kreativen und selbstdisziplinierten Individuums. Und diese Situation bedeutet auch, dass jeder/der/die erste mit etwas sein muss und bloss niemand anders das gleiche machen darf. Vorsicht ist geboten, die eigenen Ergebnisse zu teilen bevor sie publiziert sind.

Des Weiteren fällt auf, dass es eher Politik- oder Sozialwissenschaftler_innen sind, die den Kontakt zu sozialen Bewegungen suchen und von diesen wahrgenommen werden. Das mag am Jargon liegen, den wir Literaturwissenschaftler_innen pflegen und aus dem es uns schwer fällt herauszutreten. Es mag am dominanten Interesse an Hochkultur in unserem Feld liegen, die eher selten etwas mit sozialen Bewegungen zu tun haben wollte und will. Es mag daran liegen, dass die Forschungsfragen, die wir formulieren, oftmals so abgehoben sind, das sie kaum jemanden interessieren. Es mag darin begründet sein, dass das Wissen, das in der Literaturwissenschaft produziert wird, weniger nützlich für soziale Kämpfe ist als das Wissen von Politik- und Sozialwissenschaften. Es mag schlicht auch daran liegen, dass wir die Traditionen in der Disziplin, die politisch waren, und die, die politisch sind, nicht stark genug machen (können). In anderen Worten: es mangelt an Anknüpfungspunkten, die Politisierung und solidarische Organisation erleichtern.

Eine kritische Stimme mit Vorschlägen für die Praxis

Wir deutschen Literaturwissenschaftler_innen scheinen uns nach wie vor nicht als lohnabhängige Staatsangestellte – und damit als Teil der Arbeiter_innenklasse – zu sehen, sondern identifizieren uns mit einer Staats- und Beamtenklasse, die schon qua Geburt über Geld und einen akademischen Habitus verfügt. Wir organisieren uns nicht politisch – noch nicht mal gewerkschaftlich – für die eigenen Interessen, selbst in Zeiten der langen oder lebenslangen akademischen Prekarisierung. Und für übergreifende Interessen schon gar nicht, ist doch die Devise so mancher zeitgenössischen Literaturwissenschaft: „Alles ist unsicher, kontingent, relativ, eitel – aber ich weiß das zumindest und halte es aus!“. Die Unsicherheit und Kontingenz wird damit nicht auf die eigene prekäre Situation bezogen und damit zum Energiereservoir für politisches Engagement, sondern gerade gegen politische Organisationsprozesse gewendet. Was können wir schon von den weltweiten Kämpfen der Unterworfenen wissen? Was sollen wir denn politisch tun? Wichtiger ist doch: Dürfen wir individuell auf eine Professur durch Staates Gnaden hoffen?

Diese Äquidistanz ist implizit durchaus parteilich: Wir Philolog_innen sind, meist unausgesprochen, Büttel oder imaginäre Büttel des Staates, von dem wir abhängig sind oder gern wären. Darum sind wir auch nicht unbedingt Anhänger_innen marktradikaler Ideologien, zumindest nicht in eigenen Belangen. Lang oder lebenslang hoffen wir auf eine

Beamt_innenstellung und üben dafür schon im Vorhinein Gehorsam gegenüber dem Staat – und Umgänglichkeit gegenüber den akademischen Kolleg_innen, denn wir wissen ja nie, wer uns noch nützen kann. Alles ist ‚interessant‘. Und alles relativ. Besonders die eigene Positionierung.

Zwei O-Töne: „Ich kann doch nicht einfach streiken. Das könnte Disziplinarmaßnahmen nach sich ziehen, etwa Gehaltskürzungen“. – „Auf diese Demo komm ich lieber nicht mit, ich will doch verbeamtet werden“. Diese beiden Äußerungen, die über die Realität des autoritären deutschen Staates deutlich hinausgehen, drücken Kleinmut und Angst, aber auch Überheblichkeit aus. Als ob sich Politik für nicht-verbeamtete Menschen ohne mögliche Sanktionen machen ließe und als ob solche wie die erwähnten Sanktionen (Gehaltskürzungen, Nicht-Verbeamtung) etwas so Schlimmes wären. Schlimmer noch ist, dass wir Philolog_innen die Staatstreue so sehr internalisiert haben, dass wir gar nicht wissen, wofür wir außerhalb des Staates überhaupt kämpfen sollten. Außer vielleicht für den Erhalt und die Stärkung des eigenen Faches, der bedrohten Nationalphilologie, der Orchidee eines starken Staates, um deren Pflege wir darum diesen Staat bitten.

Dagegen wäre mindestens die Figur der/des kritischen Intellektuellen in Deutschland zu stärken, die/der mit den emanzipatorischen globalen Kämpfen (nicht nur, aber auch, der Klassen) aktiv verbunden ist, ohne (in ihrer/seiner theoretischen Arbeit) deren Funktionär zu sein. Das könnte zum Beispiel bedeuten:

- 1.) Wir schreiben nicht, was die herrschaftskritischen Bewegungen hören wollen, sondern was ihnen vielleicht nützen könnte. Und wir schreiben es nicht nur, sondern machen uns auch mehr Gedanken darüber, wie wir mit ihnen in Verbindungen treten, wie und mit welcher Sprache wir uns in sie einbringen können.
- 2.) Wir schreiben Gegengeschichte. Gegen die (staats-)bürgerlichen Selbstverständlichkeiten und gegen jede Herrschaft gilt es neue Geschichten zu erzählen.
- 3.) Wir unterrichten Gegengeschichten und Gegenwissen, in der Uni, aber auch jenseits davon, etwa in linker Bildungsarbeit. Abzulehnen ist ein Rückzug in elitäre Thinktanks, selbst wenn sie sich als links verstehen, aber auch eine Fokussierung allein auf die Uni und somit (zum größten Teil) auf die herrschende Klasse.
- 4.) Wir sagen nicht den antiherrschaftlichen Bewegungen, was sie zu tun haben, sondern nehmen ihre Ziele und Diskussionen in unsere Arbeit auf. (dazu bedarf es natürlich einer Rezeption ihrer Debatten, die über Tagesschau, Spiegel, FAZ, ZEIT oder SZ hinausgeht)
- 5.) Selbstverständlich unterschreiben, demonstrieren und – wenn wir gerade die Mittel dafür haben – zahlen wir für die Emanzipation und ihre Verfechter_innen.